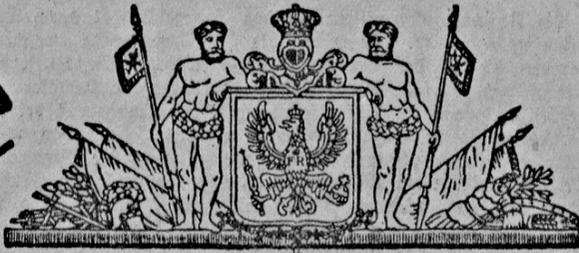


Vossische



Zeitung

10 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postsch. Ko. 10 Berlin 650

Die oberschlesischen Wahlen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

we Breslau, 19. November.

Nach den bisherigen Nachrichten sind die Nachwahlen zum Reichs- und Landtag sowie zum Provinziallandtag in aller Ruhe und unter mäßiger Beteiligung der Wähler (etwa 61 v. H.) verlaufen. Das Zentrum, die einzige Partei mit einer wirklich guten Wahlorganisation, steht fast überall an erster Stelle.

Nach amtlicher Feststellung ist das Endergebnis folgendes:

Wahlberechtigt: 747 339, abgegebene Stimmen 500 707.
Zentrum: 199 246.
Sozialdemokraten: 73 266.
Deutschnationale Volkspartei: 69 398.
Polen: 50 183.
Deutsche Volkspartei: 37 259.
Kommunisten: 36 624.
Deutschsozial: 22 291.
Demokraten: 11 912.
Oberschlesische katholische Volkspartei: 23.

Es erhielten demnach:

Für die Reichstagsliste die Zentrumsparlei 3 Mandate, die Sozialdemokraten 1 und die Deutschnationalen 1 Mandat.

Für die Landtagsliste die Deutschnationalen 1, Deutsche Volkspartei 1, Polen 1, Sozialdemokraten 1 und die Zentrumsparlei 4 Mandate.

Für die Provinzialliste die Kommunisten 1, Deutsche Volkspartei 1, Deutschnationale 1, die Sozialdemokraten 1, Zentrum 5 Mandate.

Von Einzelerngebnissen seien nur einige angeführt. Sie lauten für Beuthen (Stadt): Demokraten 1465, Sozialdemokraten 1814, Zentrum 6760, Deutschnatl. 2516, Deutsche Vp. 3013, Deutschsozial 1836, Kommunisten 1282, Polen 1146.

Oppeln (Stadt): Wahlberechtigt: 22 900, abgegebene Stimmen 16 463. Demokraten 489, Sozialdemokraten 2371, Zentrum 6103, Deutschnatl. 1207, Deutsche Vp. 2471, Deutschsozial 1224, Kommunisten 1397, Polen 201.

Oppeln (Land): Wahlberechtigt: 67 320, abgegebene Stimmen 40 529. Demokraten 598, Sozialdemokraten 10 483, Zentrum 12 168, Deutschnatl. 3471, Deutsche Vp. 1865, Deutschsozial 643, Kommunisten 2630, Polen 8671.

Gleiwitz (Stadt): Demokraten 1751, Sozialdemokraten 3539, Zentrum 12 421, Deutschnatl. 4455, Deutsche Vp. 3831, Deutschsozial 1980, Kommunisten 3226, Polen 814.

Gleiwitz (Land): Demokraten 617, Sozialdemokraten 3069, Zentrum 13 427, Deutschnatl. 3390, Deutsche Vp. 1403, Deutschsozial 1368, Kommunisten 1714, Polen 6950.

Das Orientprogramm der Entente.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

c London, 20. November.

Der offizielle Streitpunkt der türkischen Frage in London ist der, daß Frankreich allzu optimistisch ist. Dieser Optimismus wird weder von England selbst noch von den Korrespondenten der französischen Presse in London und Konstantinopel geteilt, insbesondere, soweit dieser Optimismus sich auf die hypothetische Annahme von Zwangsmaßnahmen erstreckt, die im Augenblick als verfrüht angesehen werden. Die Nachrichten aus Paris, denen zufolge nunmehr eine Einigung erzielt worden sei, sind in London mit großem Vorbehalt aufgenommen worden. Die Form der Äußerungen Poincarés werde im allgemeinen nicht als genügend angesehen, um einen Entschluß darin zu erblicken. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß der Eindruck der Äußerungen Poincarés auf die Kemalisten und für den Verlauf der Verhandlungen nicht besonders günstig sein wird.

Man glaubt in London, daß die Vorschläge, die Mussolini in Territet zur Ratifikation vorgelegt seien, die folgenden seien:

1. Freie Durchfahrt durch die Dardanellen;
2. Schutz der christlichen Minderheiten;
3. Errichtung einer neutralen Zone im Dardanellengebiet;
4. Entwaffnung der Türken in der europäischen Türkei;
5. Aufrechterhaltung der augenblicklichen, internationalen Kontrolle über die osmanische Schuldbücher;
6. Vereinheitlichung der türkischen Eisenbahn;
7. Volksabstimmung in Syrien;
8. Keine Veränderungen im Gebiete von Mossul;
9. Die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Unterstützung der türkischen Gerichtshöfe in Fragen der Aburteilung anderer Untertanen.

b Paris, 19. November.

Die Havas-Agentur veröffentlicht folgende Meldung aus Konstantinopel: Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat die National-

versammlung von Angora gestern drei aufeinanderfolgende Sitzungen über die Wahl des neuen Kalifen abgehalten. Die Kandidaten sind der frühere Thronfolger Abd-ul-Medjid-Efendi und der Prinz Selim-Efendi, der Sohn des verstorbenen Abd-ul-Hamid.

Obwohl die Entscheidung an Rifkat-Pascha übermitteln sein muß, wurde die offizielle Mitteilung dieser Entscheidung verzögert bis zur Ankunft des Programms der Zeremonie, die für morgen vorgesehen ist. Gewissen Nachrichten zufolge, die im Augenblick der Abstimmung eintrafen, hielt die Nationalversammlung es für not-

wendig, die Diskussion wieder aufzunehmen. Die Bezeichnung des künftigen Kalifen ist infolgedessen noch nicht endgültig.

c London, 20. November.

Aus Malta wird gemeldet: Der Sultan wird heute hier erwartet. Er wird im Offiziersquartier der königlichen Artillerie der Garnison von Malta untergebracht werden, wo man alle Vorbereitungen getroffen hat, um seinen persönlichen Komfort sicherzustellen. Er wird vollkommene Freiheit genießen und mit allem Respekt behandelt werden. (Siehe auch dritte Seite.)

Ein Geschäftsministerium Cuno.

Nach der Ablehnung der Sozialdemokraten.

Wenn nicht noch in letzter Stunde Ueberraschungen die ganze Lage verändern, dann wird die Lösung der Regierungskrise, die durch die Gesamtemission des Kabinetts Birth entstanden ist, ein Geschäftsministerium Cuno sein, das zum Teil aus Reichstagsabgeordneten, zum Teil aus Nichtparlamentariern zusammengesetzt sein wird. Geheimrat Cuno wird heute nach der Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Reichspräsidenten erneut den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten, und es ist möglich, daß er heute in den Abendstunden sein Geschäftsministerium zusammengestellt haben wird.

In der Besprechung, die der Reichspräsident am Sonnabend mit den Führern der Sozialdemokratie und den Parteien der Arbeitsgemeinschaft hatte, in der er an sie die Frage richtete, ob sie bereit wären, ein nach freiem Ermessen des präsumtiven Reichskanzlers gebildetes Kabinett Cuno zu unterstützen, haben, wie bereits berichtet wurde, die Parteien der Arbeitsgemeinschaft sich zustimmend geäußert. Vorausgegangen war eine kategorische Erklärung der Zentrumsführer, daß für ihre Partei eine Rückkehr zu der alten Koalition unter keinen Umständen in Frage käme. Die Sozialdemokraten haben sich die Entscheidung vorbehalten bis zum Zusammentritt ihrer Fraktion am Montag nachmittag. Am Sonntag aber sind die führenden Männer der Sozialdemokratie im Reichstage zu einer Beratung zusammengelommen. Das Ergebnis der Aussprache war, daß die Sozialdemokratie es ablehnen müsse, Geheimrat Cuno freie Hand bei der Auswahl seiner Mitarbeiter zu lassen, weil das bedeuten würde, daß „auf Umwegen“ doch eine Regierung der großen Koalition gebildet werden würde. Den Eintritt offizieller Vertreter der Deutschen Volkspartei in die Regierung könne aber die Sozialdemokratie nicht hinnehmen. Reichspräsident Ebert wurde von dieser Auffassung der führenden Persönlichkeiten innerhalb der Sozialdemokratie unterrichtet. Er wird zunächst den formellen Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abwarten, von dem es nicht mehr zweifelhaft ist, wie er lauten wird. Erst dann will der Reichspräsident offiziell Geheimrat Cuno neuerlich mit der Kabinettsbildung beauftragen. Inoffiziell aber waren die Parteien bereits gestern darüber unterrichtet, daß die neuerliche Betrauung Cunos in Aussicht genommen sei und daß Geheimrat Cuno bereits Verhandlungen mit mehreren Persönlichkeiten eingeleitet habe, die er in sein Geschäftsministerium berufen will.

Der neuen Regierung sollen mehrere Minister angehören, die aus dem Kabinett Birth übernommen werden, so u. a. Reichswehrminister Gehler, Reichsarbeitsminister Brauns, Reichsernährungsminister Dr. Gehr. Es sollen einige Parlamentarier neu eintreten, so angeblich Dr. Heinze als Reichsjustizminister. Die anderen Portefeuilles sollen mit Nichtparlamentariern besetzt werden: das Finanzministerium, wenn Dr. Hermes nicht ermächtigt werden sollte, es in der neuen Regierung zu behalten, mit dem früheren preussischen Finanzminister Sämis, das Wirtschaftsministerium mit dem Direktor der Deutschen Werke, Henrich. Welche Persönlichkeiten Geheimrat Cuno sonst noch in Aussicht genommen hat, ist nicht zuverlässig bekannt, steht in dieser Stunde wohl auch noch nicht endgültig fest. Eines aber ist gewiß: die Sozialdemokratie wird im Kabinett Cuno nicht vertreten sein, weder durch Parlamentarier noch durch Nichtparlamentarier. Alle sozialdemokratischen Minister, die dem Kabinett Birth angehört haben, werden ausscheiden. Trotzdem wird Wert darauf gelegt, der Regierung Cuno nicht den Stempel eines Kabinetts der Arbeitsgemeinschaft aufzudrücken, sondern sie als über den Parteien stehend zu präsentieren.

Aus diesem Grunde will Geheimrat Cuno angeblich vermeiden, als parlamentarische Minister die führenden Persönlichkeiten des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei zu berufen.

Daß das Geschäftsministerium Cuno zustandekommen wird, ist sehr wahrscheinlich, und an und für sich wird man es begrüßen müssen, daß dieser einzige Ausweg, der sich bei den vorhandenen Schwierigkeiten einer Koalitionsbildung gezeigt hat, auch beschritten worden ist, rasch und ohne Zwischenpiel. Eine sich lang hinziehende Regierungskrise hätte gewisse Gefahrenmomente noch erhöht. Die neue Regierung wird voraussichtlich am Donnerstag vor den Reichstag treten und ihre programmatische Erklärung abgeben. Man hofft, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, ohne die eine Mehrheit für die Billigung dieses Programms durch den Reichstag nicht zu gewinnen ist, keine allzu großen Schwierigkeiten machen und das Kabinett Cuno zunächst tolerieren wird. Aber man ist sich offensichtlich in allen Parteilagern darüber einig, daß ein Geschäftsministerium Cuno nur einen Uebergang darstellen kann zu einem mit größerer Autorität ausgestatteten und im Parlament fester fundierten Koalitionskabinett. War eine solche Regierung auch jetzt nicht zu erreichen — in einigen Wochen oder Monaten wird die Konstellation vermutlich eine andere und eine günstigere sein. Ueber diese Zwischenzeit soll das Geschäftsministerium Cuno hinweghelfen.

Die Opposition gegen Knilling.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

rh München, 20. November.

Im bayerischen Landtag hatte der Wortführer der Sozialdemokratie, Timm, erklärt, daß seine Fraktion die Taten des Ministeriums abwarten und nach unbefangener Prüfung das Ministerium überall da unterstützen werde, wo ihr das angängig erscheine. Nun erklärt die „Münchener Post“ eine scharfe Absage an die Regierung, nachdem sie die Reden des Ministerpräsidenten und die des Ministers des Innern in der Aussprache über das Regierungsprogramm gehört hat. Sie ist der Auffassung, daß nicht die Betonung der Selbständigkeit des Gliedes gegenüber dem Gesamtkörper „so forciert in den Vordergrund“ gestellt werden dürfe, wie es der bayerische Ministerpräsident getan habe. Auch sei es eine Irreführung, daß die Gesetzgebung zum Schutze der Republik einen abzuwehrenden Eingriff in die Selbständigkeit Bayerns darstelle. Bllige Ablehnung aber findet die Äußerung des Innenministers über die Haltung der Regierung gegenüber der Abwehr nationalisistischer Putsch. Eine Parallele zwischen „Süder-Garde“ und „Auer-Garde“ sei eines leitenden und verantwortlichen Staatsmannes unwürdig. Es gäbe keine Auer-Garde. Dies sei die sozialdemokratische Partei selbst, die immer auf dem Plan sein werde, gegen politischen Terror mit allen jeweils gebotenen Mitteln aufzutreten. Der Artikel schließt mit dem Satz: „Diese Auseinandersetzungen haben daher zwischen der Sozialdemokratie und der bayerischen Regierung ein Verhältnis geschaffen, in dem schärfster Kampf die einzig mögliche Parole für die Partei der arbeitenden Bevölkerung, für die Verteidiger der demokratischen Republik und Deutschlands Einheit ist.“

Knlanders Faschistenpartei.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

rh München, 20. November.

Die Trennung der „Mittelpartei“ in Südbayern ist auf dem gestrigen Parteitag in Nürnberg zur Tatsache geworden: die Gruppe um den Obersten v. Knlander, der in München und im Chiemgau eine ziemlich starke Gefolgschaft hat, erklärte sich selbständig. Das bedeutet, daß diese neue Partei, die im Parlament keine Vertretung hat, offenbar auf ein Wirken im Landtag verzichtend, sich von nun mehr auf die Methoden des Faschismus zu stützen gedenkt.

Ein von den „Nationalsozialisten“ Münchens bestellter und von der Eisenbahndirektion zugesagter Sonderzug, der sie zu einer Versammlung nach Regensburg bringen sollte, ist im letzten Augenblick nicht abgefahren worden, da die Eisenbahnbetriebsräte erklärten sie könnten nicht sicher versprechen, daß der Zug sein Ziel erreichen würde. Daraufhin begab sich eine Abordnung der